



Greifswald setzt auf konfliktsensibles Verwaltungshandeln

Im Gespräch mit Marvin Medau

Beauftragter für Bürgerbeteiligung und Prävention der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ (SPI) begleitete im Auftrag des Bundesministeriums für Familie Senioren, Frauen und Jugend von November 2021 bis Dezember 2024 zwölf Städte und einen Landkreis beim Aufbau von Strukturen und Verfahren des Kommunalen Konfliktmanagements. Zunächst wurden in jeder Kommune Personen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft zu kommunalen Konfliktmanager:innen qualifiziert. Die Teilnehmenden lernten in dieser Qualifizierung Methoden der Konfliktbearbeitung kennen und erprobten diese anhand konkreter Fallbeispiele. Zudem wurden lokale Steuerungsgruppen initiiert, in denen Verwaltung und Zivilgesellschaft Handlungsstrategien im Umgang mit Konflikten entwickelten. Die Kommunen wurden durch ein Tandem aus einer lokalen Prozessbegleitung und einer externen Prozessbegleitung der Stiftung SPI unterstützt.

In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist der Druck auf den öffentlichen Raum in den letzten Jahren gestiegen: Bürger:innen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Interessen und Bedarfen wollen über die Verwendung von Flächen im Stadtbesitz mitbestimmen. Das Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Interessengruppen führt immer wieder zu offenen Konflikten. Institutionen der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik werden hierbei mitunter zum Gegenüber aufgebrachter Bürger:innen.

Während der Projektlaufzeit fanden öffentliche Auseinandersetzungen um die Errichtung einer Container-Unterkunft für geflüchtete Menschen sowie um die Prüfung zur möglichen Nutzung von Garagenkomplexen statt. Es kam zu verbalen Eskalationen und Protestaktionen in politischen Gremien und Demonstrationen. Die Debatten wurden teilweise sehr

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



KOOPERATIONSVERBUND
DEMOKRATISCHE
KONFLIKT
BEARBEITUNG



feindselig geführt. Das Projekt begleitete daher Prozesse, die eine konfliktsensible Kommunikation mit der Bevölkerung und die Prävention von Eskalation zum Ziel hatten. Konkret wurde u.a. die Umsetzung einer großangelegten Dialogveranstaltung (Bürger:innen und Amtsleiter unter externer Moderation) begleitet.



Ein Blick zurück, fast ein Jahr nach Ende des Projekts KoKoMa - was hat sich in der Stadt Greifswald im Umgang mit Konflikten verändert ?

Seit der Umsetzung des Projekts KoKoMa hat an verschiedenen Stellen in der Verwaltung, in zivilgesellschaftlichen Organisationen und in der Politik in Greifswald eine Sensibilisierung für Konflikte stattgefunden.

Die Teilnehmenden der Qualifizierung haben einen wachen Blick für Konflikte entwickelt und der proaktive Umgang damit wurde gestärkt.

Auch innerhalb der Verwaltungsstruktur gibt es mittlerweile einen Wandel mit Blick auf den Umgang mit Konflikten. Es erfolgen zum Beispiel Verweise an mich in meiner Funktion als Beauftragter für Bürgerbeteiligung und Prävention, etwa in Bezug auf stadtplanerische Vorhaben. Hierzu berate ich dann auch etwa zu konfliktsensiblem Verwaltungshandeln. Eine durch den Oberbürgermeister genehmigte Dienstanweisung ermöglicht es den Verwaltungsmitarbeitenden, die an der Qualifizierung teilgenommen haben, sich für die Befassung mit Konflikten freistellen zu lassen.

Zudem hat sich der ämterübergreifende Austausch und die Zusammenarbeit durch das Projekt KoKoMa verbessert. Barrieren zwischen Ämtern wurden abgebaut, und der direkte Kontakt wurde hergestellt. Aktuell sind für die qualifizierten Konfliktmanager:innen weitere gemeinsame Fortbildungen geplant, unter anderem zum Thema (Konflikt-) Moderation, die auf breites Interesse stoßen.



Was ist für eine strukturelle Verankerung des Konfliktmanagements in Greifswald förderlich? Was sind Hürden?

Die derzeitige Verstetigung des Konfliktmanagements in Greifswald baut auf dem Projekt KoKoMa und den von der Prozessbegleitung erarbeiteten konzeptionellen Grundlagen und Impulsen auf. Die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden aus unterschiedlichen Ämtern und Positionen an der Qualifizierung war dabei ein wesentlicher Gelingensfaktor.



Die nötige Expertise wird dadurch in die Breite getragen. Die Vernetzung der Konfliktmanager:innen untereinander führt zu einem nachhaltigen Austausch über verschiedene Abteilungen hinweg. Dies erhöht letztlich die Akzeptanz für ein konflikt-sensibles Handeln und die gemeinsame Bearbeitung von Konflikten.

Darüber hinaus wirkt sich insbesondere die enge Einbindung und Unterstützung durch den Oberbürgermeister der Stadt Greifswald positiv auf die Verstetigung des Konflikt-managements aus. Die Relevanz lokaler gesellschaftlicher Konflikte und ihrer Bearbeitung ist auch auf politischer Ebene erkannt worden, weshalb im Umgang mit den Garagen-komplexen von der Lokalpolitik eine Bürgerbeteiligung beschlossen wurde.

Dabei handelt es sich um wichtige strukturelle Voraussetzungen, um die kommunale Konfliktbearbeitung in Greifswald zu fördern und zu verstetigen. Gleichzeitig bleibt die Herausforderung bestehen, den Blick auf Konflikte und deren Bearbeitung zu erweitern. Dazu zählt, die Ziele, Ansätze und Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung greifbar zu machen, die Relevanz von Prävention, Beteiligung und Konfliktbearbeitung trotz begrenzter Kapazitäten zu verdeutlichen und den Mehrwert aufzuzeigen, der sich nicht zuletzt durch Entlastungen an anderer Stelle bemerkbar macht.

Was sind Ziele und Visionen in Greifswald in Hinblick auf den Einsatz der qualifizierten Konfliktmanager:innen und den Aufbau von Strukturen für Konfliktmanagement?

In Greifswald gibt es vielversprechende Grundlagen für ein kommunales Konflikt-management. Die qualifizierten Konfliktmanager:innen werden bereits angefragt, vor allem für die Moderation und Begleitung von Veranstaltungen. Zudem werden sie um fachliche Hinweise in sensiblen Situationen gebeten. Diese Nachfrage zeigt, dass ihre Kompetenz wahrgenommen und geschätzt wird und dass die Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit zunehmend auf strukturierte Formen der Konfliktbearbeitung zurückgreift.

Langfristig sollen die bestehenden Prozesse in der Verwaltung weiter systematisiert und das Konfliktmanagement bei Bedarf institutionell verankert werden.

Aktuell liegen die Schwerpunkte der Maßnahmen vor allem auf dem Austausch und der Erweiterung der Expertise der qualifizierten Konfliktmanager:innen, zum Beispiel in Form von Fortbildungen. Eine wichtige, kurzfristig umsetzbare Maßnahme ist zudem die Entwicklung einer Vorlage, die als Mindeststandard für ein kommunales Konflikt-management in Greifswald dienen kann. Ziel ist es, Konfliktbearbeitung als verständlichen, zugänglichen und selbstverständlich genutzten Ansatz in der Verwaltung zu etablieren.



In Form eines Booklets könnten Informationen zu Vorgehensweisen bereitgestellt und Handlungssicherheit im Umgang mit Konflikten gestärkt werden.

KONTAKT

**Fachstelle Demokratische Konfliktbearbeitung -
Stiftung SPI**

Tel.: 030 390 634 770

E-Mail: demokratische-konfliktbearbeitung@stiftung-spi.de

Website: <https://demokratische-konfliktbearbeitung-spi.de>